

Das Europawahlprogramm 2019 der Partei der Vernunft

Mehr Europa, weniger EU

Präambel

Die Partei der Vernunft bekennt sich zum Erhalt der kulturellen Vielfalt und den Grundwerten, die unsere gemeinsame Geschichte ausmachen, um ein friedliches und prosperierendes Europa zu bewahren.

Der bedeutendste Beitrag zum internationalen Frieden ist, wenn Waren und Güter die Grenzen überschreiten, anstatt Panzer und Soldaten.

Wir wollen daher die gegenwärtigen Errungenschaften wie Reisefreiheit, Niederlassungsfreiheit und Zollfreiheit unbedingt bewahren.

Beendigung der Überregulierung

Mehr Souveränität für die EU-Staaten

Allein in 2017 haben die Organe der EU über 2000 Rechtsakte beschlossen, darunter 249 Verordnungen, die unter Umgehung der nationalen Parlamente direkt für die Bürger jedes Mitgliedsstaates gelten. Dazu kommen noch zahlreiche Richtlinien, die eigentlich in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Diese Richtlinien können sogar ohne Umsetzung nationales Recht brechen.ⁱ

Laut einem wissenschaftlichen Gutachten von Prof. Dr. Töller beruhen im Zeitraum von 2009-2013 über ein Drittel der deutschen Gesetze auf EU-Rechtsakten.ⁱⁱ Die Zahl zeigt, dass Deutschland zu viel seiner Souveränität an die EU abgegeben hat.

Es ist davon auszugehen, dass eine Vielzahl der komplexen Gesetze von den Parlamentariern, die diese im EU-Parlament verabschiedeten, gar nicht gelesen wurde.

Deswegen setzt sich die Partei der Vernunft dafür ein, die Zahl der Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse deutlich zu verringern und davon Abstand zu nehmen, jeden Bereich EU-weit regulieren zu wollen. Wir stehen für Entscheidungen vor Ort statt in Berlin oder Brüssel und für eine Rückführung von bereits abgegebenen Kompetenzen.

Deutlichere Gewaltenteilung

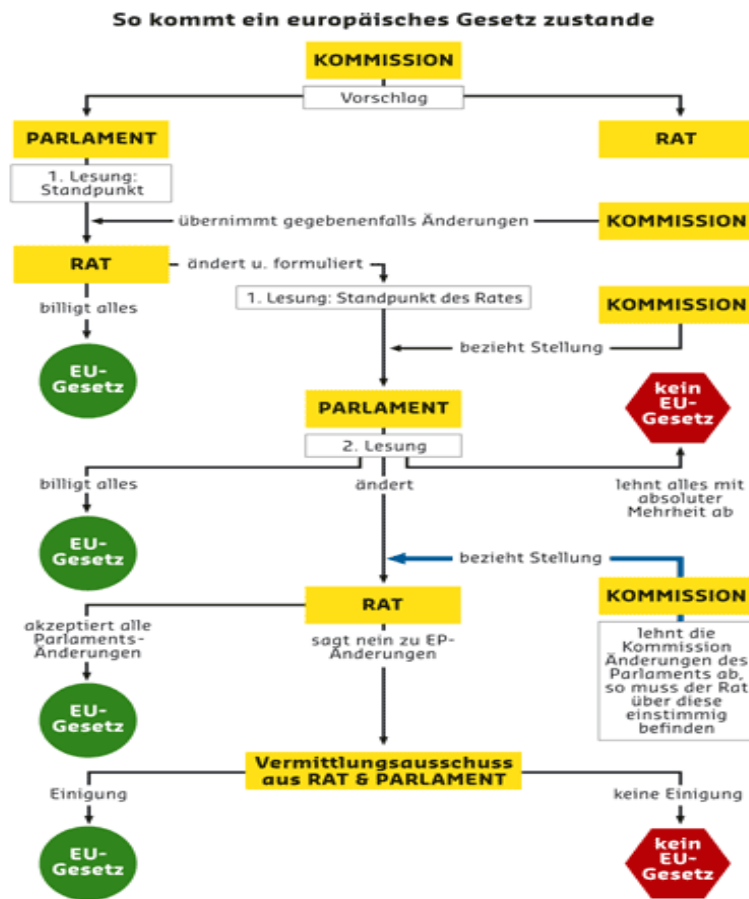
Die EU-Kommission besitzt gegenwärtig alleiniges Initiativrecht, Gesetzesentwürfe zur Abstimmung einzubringen. Die Mitglieder der EU-Kommission werden von den Staats-/Regierungschefs der Mitgliedsstaaten und nicht etwa von den Bürgern dieser Staaten vorgeschlagen. Auf diesem Wege hat die exekutive Gewalt der Mitgliedsstaaten Einfluss

auf die legislative Gewalt der EU und damit wiederum auf die legislative und exekutive Gewalt ihrer Mitgliedsstaaten. Dies stellt eine unheilvolle Verknüpfung von ausführender und gesetzgebender Gewalt dar, die eigentlich getrennt sein sollten.

Somit besteht die Möglichkeit, dass der Gesetzesvorschlag von einem Minister, der im Bundestag abgelehnt wurde, von demselben Minister auf dem Umweg über die EU nachträglich durchgesetzt werden kann.

Da die EU-Gesetzgebung größtenteils durch Exekutivorgane zustande kommt und das EU-Parlament in seinen Kompetenzen stark eingeschränkt ist, setzt sich die Partei der Vernunft für eine stärkere Teilung von Exekutive und Legislative speziell auf EU-Ebene ein.^{iii iv} Wir fordern eine demokratische Stärkung des Parlaments: Jedes Gesetz muss durch das Parlament beschlossen werden.

Wir fordern zudem ein Initiativrecht des Parlamentes.



Flußdiagramm: "Ordentliches Gesetzgebungsverfahren" (Infocart: Peter Diehl, München)

Kosten durch die EU minimieren

Deutschland zahlt im Jahr weit über 20 Milliarden Euro an die Europäische Union. Jeder deutsche Bürger investiert somit rund 300 Euro pro Jahr allein in die EU. Diese gewaltigen Summen werden überwiegend zur Kompensation der fehlerhaften Politik mehrerer EU-Mitgliedsstaaten eingesetzt.

Diese Misswirtschaft verdeutlicht sich im Hinblick darauf, dass Deutschland und die Deutsche Bundesbank im Zuge der Euro-Rettung zusätzlich Kredite und Garantien für andere Euro Staaten übernommen haben, die weit über 1 Billion Euro betragen.

ESM: 22 Milliarden Euro + 168 Milliarden Euro Garantien (nur Deutschland)^v

Target 2: 914 Milliarden Euro (Stand 28. Februar 2018)^{vi}

Im Gegensatz dazu steht die Partei der Vernunft für eigenverantwortliches Handeln. Deshalb sollte dem deutschen Steuerzahler nicht zugemutet werden, für die desaströse Sozial-, Schulden- und Wirtschaftspolitik anderer EU-Länder zu bürgen.

Jegliche Zahlungen an andere Staaten, in Form einer Transferunion, EU-Wirtschaftsregierung, Eurobonds und „Euro-Rettungsschirme“ (Bailout, ESM, EFSF, gemeinsame Einlagensicherungen oder ähnliche Regelungen), beziehungsweise eine direkte und indirekte Haftung der Bundesrepublik Deutschland für die Schulden anderer Staaten werden abgelehnt. Es muss eine konsequente Einhaltung der Maastricht-Verträge erfolgen, nach denen kein Land für ein anderes haftet. (Art. 125 AEUV)

Ebenso gibt es sehr viel Spielraum, die Verwaltungskosten der EU in Höhe von über 9 Milliarden Euro pro Jahr zu verringern.^{vii}

Die Organe der EU beschäftigen über 60.000 hochbezahlte Mitarbeiter. Allein auf die EU-Kommission entfallen 32.000 Mitarbeiter. Da die Partei der Vernunft den EU-Mitgliedsstaaten wieder mehr Selbstbestimmung geben will, würde den EU-Institutionen damit zukünftig eher eine beratende und vermittelnde Funktion zufallen. Das wiederum erlaubt, den Mitarbeiterstamm um mindestens 80% zu reduzieren. Folglich ist auch die Existenzberechtigung der aktuell 45 EU-Agenturen mit einem Kostenaufwand von 1,2 Milliarden Euro pro Jahr und 9.500 Mitarbeitern zu überprüfen.

Regelmäßig zieht das komplette EU-Parlament für einige Sitzungstage von Brüssel nach Straßburg und im Anschluss wieder zurück. Dieser Wahnsinn kostet die EU-Bürger über 200 Millionen Euro im Jahr.^{viii}

Durch Schließung eines Standortes ließe sich dieser Betrag sofort einsparen.

Wirtschaftspolitik

Subventionen abbauen

Ein größter Teil der Ausgaben der EU sind Subventionen verschiedenster Art. Diese werden wir zügig und konsequent abschaffen. Das Ausbleiben von Subventionen und die Verringerung von politischen Eingriffen in freie Märkte verringert die Möglichkeit für Lobbyisten, auf die Politik Einfluss zu nehmen.

Gegen die Etablierung eines EU-Sozialsystems

Darüber hinaus wird sich die PDV gegen die Einrichtung eines EU-basierten Sozialsystems, wie z.B. von Emmanuel Macron gefordert, in jeglicher Form stellen. Eine Zentralisierung auf staatenübergreifender Ebene wird die bereits bestehenden Probleme vieler Sozialsysteme zusätzlich verschärfen und den Ländern wird der Anreiz genommen, die eigene Wirtschaftlichkeit zu verbessern. ^{ix}

Steuerpolitik

Jegliche Pläne zur Einführung von EU-Steuern lehnen wir strikt ab.

Auch sprechen wir der EU das Recht ab, Mindeststeuersätze für die einzelnen Mitgliedstaaten festzulegen. Die bestehenden Vorschriften für Mindeststeuersätze sind sofort abzuschaffen. Jegliche Steuerangleichung untergräbt den Wettbewerb.

Das Vorgehen der EU gegen Steueroasen in und außerhalb der EU ist einzustellen. Vielmehr wollen wir die Steuerwüste EU in eine fruchtbare Oase verwandeln.

Rechtsstaatlichkeit und Subsidiarität

Frieden

Die Partei der Vernunft steht für das Zusammenleben in Frieden und Freundschaft in Europa. Große Armeen führen große Kriege. Daher sprechen wir uns strikt gegen eine Einführung einer Europaarmee aus. Die seit 2006 bestehende paramilitärische Eingreiftruppe europäischer Staaten auf Basis geheimdienstlicher und polizeilicher Strukturen (EUROGENDFOR) ist aufzulösen.

Wir sind überzeugt, dass die meisten Kriege von Staaten und Regierungen initiiert werden. Jeder einzelne Mensch würde dem Krieg einen friedlichen Austausch von Waren und Dienstleistungen vorziehen.

Souveräne Innen- und Außenpolitik

Der Eingriff in die Innenpolitik anderer Staaten (EU-Mitglied oder nicht) wird strikt abgelehnt. Hierzu gehört auch die Verhängung von Sanktionen, die hauptsächlich die Bürger trifft und weniger die verantwortlichen Regierungen.

Freier Handel schafft Frieden und Wohlstand in der Welt. Daher sind alle Strafzölle und protektionistischen Maßnahmen einzustellen. Wir verurteilen die ungleiche Behandlung von einzelnen Mitgliedsstaaten auf Grund ihrer innenpolitischen Entscheidungen.

Freiwilligkeit der EU-Mitgliedschaft

Sollte es zu einer Abspaltung innerhalb eines EU-Landes kommen, verbleiben die neu entstehenden Länder automatisch in der EU, sofern sie dies wünschen. Der Brexit lehrt uns, dass wir für den Austritt eines Mitgliedstaates einfache und klare Regeln benötigen. Genauso halten wir es für angebracht, klare Regelungen für den Beitritt eines Landes zu formulieren und auch einzuhalten.

Die Partei der Vernunft setzt sich für die freiwillige Zusammenarbeit der Regionen ein. Statt von der EU diktiert Beschlüsse kann jede Region selbst entscheiden, ob sie sich an einer Maßnahme beteiligt. Darüber hinaus muss es jeder Region möglich sein, diese Entscheidungen auch wieder zu revidieren. Statt einer zentralistischen Gleichmacherei stehen wir für den Wettbewerb um die besten Ideen.

Reform des Geld- und Finanzsystems

Der Euro ist (wie zuvor die D-Mark) ein staatliches Geld. Er ist außerdem das einzige vom Staat zugelassene Geld. Somit handelt es sich um ein staatlich geschaffenes Zwangsmonopol. Diese Art von Monopolen hat sich zu häufig als nachteilig für den Verbraucher erwiesen.

In diesem konkreten Fall legen der Staat bzw. die EZB die Geldmenge (über EZB-Käufe von Staatsanleihen, die Festlegung der Mindestreservesätze u.a.) und den Preis des Geldes (den Zins) weitgehend fest. Deshalb ist das Verbot zum unmittelbaren Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB um ein Verbot des mittelbaren Ankaufs von Staatsanleihen zu erweitern.

Die Staatsfinanzierung durch die Notenpresse wird dadurch beendet. Das wichtigste Gut der Volkswirtschaft darf nicht planwirtschaftlich gesteuert werden. Der Autor Roland Baader hat das richtig als „Geldsozialismus“ bezeichnet.

Die Geschichte lehrt uns, dass aufgezwungene Planwirtschaft nicht funktioniert. Im Falle des Euros äußert sich dieses Nicht-Funktionieren in Inflation, Eurokrise, Bankenkrise und Verschuldungskrisen.

Wenn der Euro an Wert verliert, weil zusätzliches Geld geschaffen wird, dann ist dies de-facto eine Steuer, die wir alle seit Jahren bezahlen.

Bemerkbar wird dies durch steigende Preise und den Wertverlust unserer Ersparnisse. Hiervon sind vor allem die Ärmere stark betroffen. Wer nahezu sein gesamtes Einkommen für den Konsum ausgeben muss, dem schaden steigende Preise am meisten.

Zusätzlich hierzu tritt folgerichtig eine Lohnkürzung auf. Denn ein Wertverlust des Euros bedeutet logischerweise auch einen Wertverlust der in Euro bezahlten Einkünfte und Renten.

Dieser bedeutende Kaufkraftverlust führt schließlich zu einem von der Politik verursachten sozialen Ungleichgewicht.

Der Ökonom Ludwig von Mises brachte es einmal folgendermaßen auf den Punkt:

„Das Wichtigste ist, zu verstehen, dass Inflation kein Akt Gottes ist, dass sie keine Naturkatastrophe ist und keine Krankheit. Inflation ist eine politische Strategie.“

Deshalb steht die Partei der Vernunft für eine grundlegende Reform des Geld- und Finanzsystems. Nach der Lehre des Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek bedeutet dies das Zulassen alternativer Geldformen. Historisch sind Gold und Silber die beliebtesten und stabilsten Geldformen gewesen. Aktuell gibt es zum Beispiel Hunderte von Kryptowährungen, die miteinander konkurrieren. Der Staat darf nicht länger bestimmen, welches Geld die Bürger als Zahlungsmittel annehmen müssen. Wenn die Menschen hier frei wählen, setzt sich automatisch das wert stabilste Geld durch (Gresham'sches Gesetz). Das Geldmonopol entfällt.

Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der EU

Aufstellung und Einhaltung klarer Einreiseregulungen

Die PDV stellt zunächst fest, dass es sich bei der übergroßen Mehrheit der bereits in der EU angekommenen Menschen aus dem Nahen Osten und aus Afrika im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention nicht um Flüchtlinge handelt. Die PDV wendet sich gegen die irreführende Verwendung des Begriffs Flüchtling in der Öffentlichkeit der EU für legale und illegale Migranten und Einwanderungswillige.

Die PDV setzt sich auch deshalb für die Etablierung von Anlaufstellen rund um die Außengrenzen der EU ein, die dann von den Einwanderungswilligen aufgesucht werden, um sich dort über die Einreisekriterien der einzelnen Länder zu informieren. Sollte der Einreise stattgegeben werden, brauchen die Migranten keine riskanten Überfahrten mehr anzutreten und können auf sicheren und normalen Wegen in das Land, welches den Einwanderungsantrag gewährt hat, einreisen. Die Aufnahme von illegal eingereisten Migranten ist dagegen sofort einzustellen. Denn wer illegal einreist, darf nicht gleich oder besser behandelt werden als derjenige, der den legalen Weg wählt.

Dies erschwert die illegale Einwanderung. Illegale Einwanderung, insbesondere übers Mittelmeer, ist mit erhöhten Gefahren verbunden. Diese Gefahren bestehen bei legaler Einwanderung nicht.

Freiwillige Finanzierung

Die Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten müssen Migranten keine staatlichen Sozialleistungen gewähren. Im Falle Deutschlands soll die Versorgung von mittellosen Migranten ausschließlich freiwillig auf privater Ebene stattfinden. Für den konkreten Fall in Deutschland verweisen wir deshalb weiterhin auf unser Positionspapier zum Thema Asyl-, Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik vom September 2016.

Entwicklungshilfe

„Entwicklungshilfe hat seit Jahrzehnten unter Beweis gestellt, dass sie in der Regel das Gegenteil dessen bewirkt, was sie eigentlich erreichen will. Hilfe ist ein gefährliches Suchtmittel und schafft Abhängigkeit. Die deutschen Organisationen, die die Aktion unter www.nullkommasieben.de (spielt auf das sogenannte 0,7-Prozent-Ziel an) vorantreiben, leben von der Hilfe. Würde es Afrika nicht schlecht gehen, wären sie überflüssig. Also müssen noch mehr Steuergelder ausgegeben werden.“

Zitat Volker Seitz (Über 40 Jahre im Auftrag des Auswärtigen Amtes, auch als Botschafter in verschiedenen Afrikanischen Ländern vor Ort gewesen) ^x

Die Hilfgelder landen überwiegend bei den korrupten Regierungen, die das Elend ihrer Bevölkerung meist noch vergrößern. ^{xi}

Deshalb will die PDV, die Entwicklungshilfe aus öffentlichen Geldern der EU abschaffen.

Klimapolitik

Mehr als 31.000 Wissenschaftler (Oregon-Petition) und zahlreiche Nobelpreisträger der Naturwissenschaften widersprechen der offiziellen Klimatheorie. Über 700 Experten auf den betreuenden Fachgebieten haben sich zu einem nicht von Staatsgeldern abhängigen Klimarat (NIPCC) zusammengeschlossen und kommen zu dem Schluss, dass der Mensch keinen signifikanten Einfluss auf das Klima hat. Sie weisen außerdem auf den positiven Einfluss von CO₂ auf das Pflanzenwachstum hin.

Die PDV lehnt eine gesamteuropäische Klimapolitik ab.

Zensur

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), welches sich in Deutschland gegen Hetze und gefälschte Meldungen in sozialen Netzwerken richten soll, lehnen wir ab.

Die PDV ist gegen die Einführung eines vergleichbaren Gesetzes innerhalb der EU, das bereits geplant ist. ^{xii}

„Man kann einen gesellschaftlichen Diskurs darüber haben, was Meinungsfreiheit darf. Oder man hat Meinungsfreiheit.“, Christian Zulliger

Die Europäische Union ist nicht Europa!

Die EU ist kein Garant für Frieden und Freiheit.

Durch Überregulierung und monetäre Planwirtschaft verursacht die EU zunehmend Spannungen innerhalb Europas. Sie stürzt die Nationalstaaten in wirtschaftliches Chaos und vernichtet Wohlstand und Freiheit aller EU-Bürger.

Die EU braucht keinen Vertrag von Lissabon oder eine Verfassung, die die Bürger entmündigen.

Die EU setzt auf Zentralismus und Bürgerferne. Mit einer bürgernahen Politik und Eigenverantwortung vor Ort ist das unvereinbar.

Die Partei der Vernunft lehnt eine gegen die Interessen der Bürger der EU gerichtete Politik und deren Bevormundung ab.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Nationen ist auf eine Freihandelszone zu beschränken.

ⁱ Art. 288 des Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, BGH, 09.04.2002 - XI ZR 91/99, EuGH 04.07.2006 - C 212/04, EuGH 28.04.2005 - C 329/04

ⁱⁱ https://www.fernuni-hagen.de/polis/download/lg3/kurzgutachten_europa.pdf

ⁱⁱⁱ https://de.wikipedia.org/wiki/Politisches_System_der_Europ%C3%A4ischen_Union#/media/File:Politisches_System_der_Europ%C3%A4ischen_Union.svg

^{iv} <http://jugend.dgb.de/++co++db65926a-2490-11e3-adf7-525400808b5c>

^v https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euroraums/Stabilitaetsmechanismen/EU_Stabilitaetsmechanismus_ESM/eu_stabilitaetsmechanismus_esm.html

^{vi} https://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Aufgaben/Unbarer_Zahlungsverkehr/TARGET2/TARGET2_Saldo/target2_saldo.html

^{vii} <http://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-annual-budget/2017/>

^{viii} <https://www.tagesspiegel.de/politik/eu-parlament-der-grosse-reisezirkus-zwischen-bruessel-und-strassburg/9102122.html>

^{ix} <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatspräsident-Macron-im-Wortlaut>

^x <https://ef-magazin.de/2018/01/31/12192-unterstuetzung-afrikas-militanter-egoismus-in-der-entwicklungshilfe>

^{xi} <https://www.laenderdaten.de/indizes/cpi.aspx>

^{xii} <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2017/DE/COM-2017-555-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/europaeische-union-sechs-mythen-ueber-die-eu-und-was-wirklich-dran-ist-1.1950690-2>

<https://euiipo.europa.eu/ohimportal/de/eu-agencies-network>

<https://euagencies.eu/>